



**56. Landesparteitag**  
16./17. November 2007 | Messe Freiburg



**CDU**

# **Allgemeine Beschlüsse** des 56. Landesparteitages



Beschluss	<b>A 4</b>	Antragsteller: <b>CDA Baden-Württemberg</b>
Betreff:	<b>Eigenheimförderung</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für die Förderung des selbstgenutzen Wohneigentums (Eigenheimförderung) aus:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Das Bausparen und das selbstgenutzen Wohneigentum müssen umgehend in die staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester) integriert werden.</li><li>2. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob die Eigenheimförderung für Familien über Riester hinaus durch Bürgschaften erfolgen kann. Die Bürgschaft könnte, nach Kinderzahl gestaffelt, zwischen 10 und 30 % der Erwerbskosten betragen und zeitlich auf höchstens 20 Jahre begrenzt sein.</li></ol>		

Beschluss	<b>A 5</b>	Antragsteller: <b>CDU Bezirksverband Nordbaden</b>
Betreff:	<b>Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg und die CDU Deutschlands setzen sich für eine Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland ein.</p>		

Beschluss	<b>A 6</b>	Antragsteller: <b>CDU Bezirksverband Nordbaden</b>
Betreff:	<b>Verpflichtende U-Untersuchungen</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg wird aufgefordert, zusammen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtende U-Untersuchungen bei Kindern in das Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag einzubringen. Gleichzeitig soll alle halbe Jahre eine U-Untersuchung angesetzt werden. Versäumen die Eltern mehrfach die Teilnahme an einer U-Untersuchung, sind Fürsorgemaßnahmen einzuleiten. Als eine weitere Möglichkeit können Kürzungen des Kindergeldes in Erwägung gezogen werden.</p>		

Beschluss	<b>A 8</b>	Antragsteller: <b>CDU Bezirksverband Nordwürttemberg Arbeitskreis Polizei im CDU-Landesverband</b>
Betreff:	<b>Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Durchführung von Online-Durchsuchungen</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für die umgehende Schaffung einer Rechtsgrundlage in der Strafprozessordnung zur Durchführung verdeckter Online-Durchsuchungen bei schweren Straftaten etwa im Bereich des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität oder auch der Kinderpornografie aus. Hierbei sind die verfassungsrechtlichen Anforderungen zum Schutz der Privatsphäre mit den Notwendigkeiten zeitgemäßer Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen.</p>		

Beschluss	<b>A 9</b>	Antragsteller: <b>CDU Kreisverband Calw</b>
Betreff:	<b>Onlinedurchsuchung</b>	
<p>Die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion werden aufgefordert, der Polizei und dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Bekämpfung schwerster Fälle terroristischer Bedrohung und von Kinderpornografie im Internet das Instrument der Online-Durchsuchung zu ermöglichen. Hierzu sind entsprechende Änderungen im Polizei- und Verfassungsschutzgesetz vorzunehmen.</p>		

Beschluss	<b>A 10</b>	Antragsteller: <b>Senioren Union Baden-Württemberg</b>
Betreff:	<b>Menschenwürde wahren – bedarfsgerecht pflegen</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg hält im Rahmen der Pflegereform folgende Forderungen für unabdingbar:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Der Pflegebedürftigkeitsbegriff ist neu zu definieren, z. B. Einbeziehung von Demenzerkrankten;</li><li>- Schaffung eines „Gesamtangebots“ pro Einzelfall der Pflege (Pflegebudget);</li><li>- Aufbau eines Kapitalstocks und damit eine Demographiereserve.</li><li>- Die Anrechenbarkeit von Zeiten aktiver Pflege im häuslichen Bereich ist analog den Erziehungszeiten von Kindern weiter auszubauen.</li><li>- Das derzeitige Stufenmodell in der Pflegeversicherung ist durch ein flexibleres Punktesystem, das sich als anpassungsfähiger an die Lebenswirklichkeit erweist, zu ersetzen.</li><li>- Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) muss verpflichtet werden die mögliche Rehabilitation den Angehörigen, dem Heim und den Pflegeleistern mitzuteilen.</li><li>- Die Untersuchung eines zu Pflegenden durch den MDK zwecks Einstufung darf nur in Gegenwart einer Vertrauensperson des zu Untersuchenden erfolgen.</li><li>- Bei Inanspruchnahme von Verhinderungspflege sind die Geldsätze sowie die Zeitabschnitte einer Überprüfung sowie Kontrolle zu unterziehen.</li></ul>		

Beschluss	<b>A 11</b>	Antragsteller: <b>Arbeitskreis Polizei im CDU-Landesverband</b>
Betreff:	<b>Stellenplan</b>	
<p>Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne eines atmenden Stellenplans 2008 – 2013 mit einer jährlichen Einstellung von durchschnittlich 800 jungen Menschen (Einstellungskorridor von 750 bis 850) die Spitzenstellung der baden-württembergischen Polizei auch im kommenden Jahrzehnt sicherzustellen. Die Zahl ist im Jahr 2013 den dann geltenden Anforderungen anzupassen</p>		

Beschluss	<b>A 12</b>	Antragsteller: <b>CDU Kreisverband Göppingen</b>
Betreff:	<b>Einschränkung der Spätabtreibungen</b>	
<p>Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird dringend aufgefordert, die Bemühungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion um Einschränkung der Spätabtreibungen durch eine entsprechende Änderung des § 218 StGB zu unterstützen.</p> <p>Insbesondere soll sie darauf hinwirken, dass in der Situation der Befundmitteilung auf die Option eines Schwangerschaftsabbruchs vom Arzt weder hingewiesen noch diese angeboten werden darf.</p> <p>Wir fordern die Landesregierung auf zu überdenken, ob bei der Regelung des § 218 StGB nicht grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht.</p>		

Beschluss	<b>A 14</b>	Antragsteller: <b>CDU Kreisverband Karlsruhe-Land</b>
Betreff:	<b>Ein würdevolles Leben im Alter ermöglichen</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>- Verbindliche Maßnahmen zu veranlassen, dass die vielfach vorhandenen Missstände bei der Pflege im stationären und teilstationären Bereich nachhaltig beseitigt werden.</li><li>- Allen Trägern der Pflegeeinrichtungen vorzuschreiben, dass sie ein geeignetes und funktionierendes Qualitätsmanagement einführen, um die Pflegedienstleistung nachhaltig zu verbessern.</li><li>- Den Bildungseinrichtungen für Pflegeberufe vorzuschreiben, dass sie nur solchen Bewerbern einen Ausbildungsvertrag anbieten, die durch ein entsprechendes Prüfungsverfahren beweisen, dass sie für den angestrebten Pflegeberuf geeignet sind.</li></ul>		

Beschluss	<b>A 17</b>	Antragsteller: <b>KPV Baden-Württemberg</b>
Betreff:	<b>Kleinkindbetreuung</b>	
<ol style="list-style-type: none"><li>1. Der Ausbau der Kleinkindbetreuung ist grundsätzlich wünschenswert, weil er geeignet ist, der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken. Da es insbesondere auf Bedarfsgerechtigkeit ankommt, ist ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für unter Dreijährige grundsätzlich der falsche Ansatz. Sollte dennoch ein Rechtsanspruch auf einen Platz für unter Dreijährige beschlossen werden, so ist zuvor zu klären, wer diesen finanzieren muss, wenn die gesetzlich angestrebte Quote von 35 % der Plätze zwar erfüllt ist, es aber darüber hinausgehende Rechtsansprüche gibt.</li><li>2. Bei der Umsetzung der Regelung zum Ausbau der Kleinkindbetreuung sollte übermäßige Bürokratie ebenso vermieden werden, wie die Anwendung des so genannten „Windhundprinzips“, wie etwa im Fall der IZBB geschehen.</li><li>3. Angebote von Tagesmüttern sind der Kindertagesbetreuung gleichwertig. Ein Rechtsanspruch müsste deshalb auch durch Angebote von Tagesmüttern erfüllt werden können. Die Gemeinden sollten nicht gezwungen werden, Kindertagesangebote auszubauen, obwohl es gute Angebote an Tagesmüttern gibt.</li></ol>		

4. Bei der Verteilung der Bundesinvestitionsmittel sollte nicht das „Windhundprinzip“ greifen, sondern ein bedarfsgerechter Verteilmodus erarbeitet werden. Die Zuschussquote sollte maximal bei 70 % der anrechenbaren Kosten liegen, um eine möglichst breite Verteilwirkung zu erzielen.

Beschluss	<b>A 18</b>	Antragsteller: <b>CDU Bezirksverband Südbaden</b>
Betreff:	<b>Rheintalbahn</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg bekräftigt den Beschluss des Bezirksparteitages der CDU Südbaden im Jahr 2006, in dem eine vorrangige und zügige Realisierung des Aus- und Neubaus der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Weil am Rhein gefordert wird, die sowohl menschen- als auch umweltgerecht ist. Die Bundesregierung muss außerdem alles daran setzen, dass diese bedeutende europäische Verkehrsachse gemäß des deutsch-schweizerischen Abkommens auch zeitgerecht fertig gestellt wird, und die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitstellen.</p> <p>Die CDU Baden-Württemberg fordert, dass Maßnahmen zur Lärminderung und -vermeidung bei der Trassenführung und der Prüfung der Trassenalternativen absolute Priorität haben. Die Vorschläge der Bürgerinitiativen in der IG BOHR sowie der Städte und Gemeinden sind dabei gleichwertig mit den Planungen der Bahn zu prüfen. Die ermittelten Zugzahlen der vom Land in Auftrag gegebenen und finanzierten Studie über den Prognosehorizont 2025 müssen bei allen Abschnitten Grundlage für die Genehmigungsverfahren sein.</p> <p>Die Landesregierung Baden-Württemberg soll die Interessen der Städte und Gemeinden sowie der Anwohnerinnen und Anwohner an der europäischen Magistrale Rheintalbahn ebenso nachhaltig vertreten wie das Projekt Stuttgart 21. Deshalb begrüßt die CDU Baden-Württemberg die Einsetzung einer Arbeitsgruppe der Landesregierung zum dritten und vierten Gleis und die geplanten Gespräche des Ministerpräsidenten mit Bahn-Chef Mehdorn und Bundesverkehrsminister Tiefensee. Erstes Ziel muss dabei sein, dass Bahn und Bund ihre Position aufgeben, wonach keine alternativen Trassenführungen zum derzeitigen Planungsstand in Frage kommen, die nach der Rechtslage für nicht zwingend erforderlich gehalten werden und Mehrkosten verursachen. Dies ergibt sich auch aus dem besonderen wirtschaftlichen Interesse von Bahn und Bund an einem baldigen Ausbau der Rheintalbahn.</p>		

Beschluss	<b>A 20</b>	Antragsteller: <b>Johannes Rothenberger</b>
Betreff:	<b>Arbeitslosengeld I</b>	
<p>Die CDU Baden-Württemberg lehnt eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose ab.</p>		

Beschluss	<b>A 21</b>	Antragsteller: <b>CDU Kreisverband Esslingen</b>
Betreff:	<b>Verringerung Landtagsmandate</b>	

Die CDU-Landtagsfraktion wird gebeten, von einer Reduzierung der Zahl der Landtagsmandate Abstand zu nehmen.